

LA_neu1 Leitantrag LA1 in aktueller Fassung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 11.09.2025
Tagesordnungspunkt: 5.2.1. Leitantrag in Aktueller Fassung

Antragstext

- 1 Wir haben ein paar kleine Probleme mit Antragsgrün, so dass es nicht so einfach
- 2 die vereinbarten Modifizierten Übernahmen einzupflegen, dafür das Dokument im
- 3 Anhang: Dort wurden die ModÜs eingepflegt und farblich markiert, am Ende finden
- 4 sich die noch offene Änderungsanträge mit den Zeilen Nummern aus dem Dokument

Begründung

1. Wir haben ein paar kleine Probleme mit Antragsgrün, so dass es nicht so einfach die vereinbarten Modifizierten Übernahmen einzupflegen, dafür das Dokument im Anhang: Dort wurden die ModÜs eingepflegt und farblich markiert, am Ende finden sich die noch offene Änderungsanträge mit den Zeilen Nummern aus dem Dokument. Schaut gerne nochmal ob ihr Fehler findet, das kann durchaus vorkommen.

LA1: Solidarität und Sicherheit auf Basis des Völkerrechts: Für Frieden in Israel und Gaza

Antragsteller*in: Landesvorstand

Test

Solidarität und Sicherheit auf Basis des Völkerrechts: Für Frieden in Israel und Gaza

1 **Antragstext**

2 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 waren eine – für die israelische
3 Bevölkerung - schmerzhaft und retraumatisierende Zäsur. An diesem Tag wurden 1200
4 israelische Zivilist*innen ermordet und über 250 Menschen als Geiseln in den Gazastreifen
5 entführt. Eines muss klar benannt werden: es ist die Agenda der Hamas und ihrer Verbündeten,
6 den Staat Israel und das jüdische Leben in der Region auszulöschen. Das Existenzrecht Israels,
7 das Recht auf Selbstverteidigung sowie der Schutz jüdischen Lebens sind für uns nicht
8 verhandelbar. Aufgrund der deutschen Geschichte und der Verbrechen des Holocaust tragen wir
9 eine besondere Verantwortung, die dauerhafte Sicherheit Israels und seiner Bürger*innen zu
10 gewährleisten.

11 Nach dem Massaker vom 7. Oktober reagierte die israelische Regierung mit einer militärischen
12 Offensive, die das Ziel verfolgte, die Hamas dauerhaft zu entwaffnen. Angesichts der Zerstörung
13 und der humanitären Lage im Gazastreifen bietet sich inzwischen ein verheerendes Bild.
14 Während sich die Anzahl der Opfer derzeit kaum überprüfen lässt, gehen die Vereinten
15 Nationen von über 60.000 Toten und mehr als 160.000 Verwundeten aus, davon über die Hälfte
16 unter vulnerablen Gruppen wie Kindern, Frauen und alten Menschen.[1]

17 Das Leid der Zivilbevölkerung, die hohen Opferzahlen und das Ausmaß der Zerstörung der
18 kritischen Infrastruktur in Gaza sind erschütternd. Militärische Offensiven in verschiedenen
19 Regionen Gazas haben 90 Prozent der Bevölkerung zu Binnenvertriebenen gemacht und die
20 zivile Infrastruktur, darunter Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen, zum Zusammenbruch
21 gebracht. Neben der fehlenden medizinischen Versorgung [Ä6] bedeutet dies eine dauerhafte
22 Gefährdung palästinensischer Kultur in Gaza durch die Zerstörung ihrer materiellen
23 Grundlagen und beraubt insbesondere eine junge Generation [Ä6] ihrer Bildungs- und
24 Zukunftschancen. Mitschuld an dieser Tragödie trägt die Hamas, die seit Jahrzehnten gezielt die
25 Grenzen zwischen militärischer und ziviler Infrastruktur verwischt, um die Menschen vor Ort als
26 Schutzschild zu missbrauchen. Ein Vorgehen, das eindeutig gegen das humanitäre Völkerrecht
27 verstößt und das wir strikt verurteilen. [Ä8] Auch Israel hat eine Verantwortung gegenüber der
28 Zivilbevölkerung in Gaza, gerade auch wegen der Rücksichtslosigkeit der Hamas. Israel kommt
29 dieser Verantwortung nicht ausreichend nach. [Ä8]

30 Nach einigen Wochen der Waffenruhe zu Beginn des Jahres 2025 [Ä9] und dem Scheitern
31 weiterer Verhandlungen um die Freilassung der Geiseln führte die israelische Regierung den
32 Krieg weiter und verhängte eine wochenlange Blockade humanitärer Hilfsgüter nach Gaza. Die
33 folgende Hungersnot betrifft Hunderttausende Menschen. 132.000 Kinder sind aufgrund akuter
34 Mangelerkrankung vom Tod bedroht.[2] In mehreren Anordnungen und Gutachten hat der
35 Internationale Gerichtshof (IGH) die Dringlichkeit des Schutzes der Zivilgesellschaft betont. Das
36 undifferenzierte Vorgehen gegen die Bevölkerung in Gaza verurteilen wir nachdrücklich. [Ä30]
37 Zudem ist der Zugang zu unabhängigen Informationen aus dem Gazastreifen stark
38 eingeschränkt. Journalist*innen haben keinen freien Zutritt und viele wurden unter zum Teil
39 noch ungeklärten Umständen getötet. [Ä30] Das Ausmaß der Zerstörung in Gaza und die
40 gezielte Blockade humanitärer Hilfe macht für uns deutlich, dass die israelische Armee im
41 Verlauf des Krieges den Rahmen des humanitären Völkerrechts verlassen hat und gegen
42 Grundsätze des humanitären Völkerrechts verstößt. Auch wenn die abschließende juristische
43 Beurteilung des Kriegsgeschehens die zuständigen israelischen und internationalen Gerichte
44 wahrscheinlich noch über Jahre beschäftigen wird.
45 Auch die chaotisch organisierte Wiederaufnahme der Lieferungen hat die prekäre Lage bis
46 heute nicht ausreichend verbessern können. Es ist dringend notwendig, dass die israelische
47 Regierung und die internationalen Hilfsorganisationen gemeinsam zuverlässig für die
48 Grundversorgung der Bevölkerung in Gaza sorgen. Eine Verweigerung der humanitären
49 Grundversorgung kritisieren wir nachdrücklich; sie darf niemals Mittel militärischer
50 Auseinandersetzungen sein.

51 Nach dem Massaker vom 7. Oktober ist es das legitime Ziel Israels, die Herrschaft der Hamas
52 über Gaza zu brechen und damit die Gefahr einer – von der Hamas angekündigten –
53 Wiederholung zu beseitigen. Aber auch in der israelischen Gesellschaft wird zunehmend massiv
54 die Frage gestellt, ob und wie weit dieses legitime Ziel der Entwaffnung der Hamas noch eine
55 Kriegsführung legitimiert, die das Leben der Geiseln gefährdet und die gesamte Bevölkerung
56 Gazas weiter in eine katastrophale Lage bringt. [Ä9]

57 Treibende Kraft hinter der humanitären Blockade und der Fortsetzung des Krieges sind die
58 Rechtsextremisten in der israelischen Regierung. Durch Netanjahus innenpolitische Motivation,
59 insbesondere den Willen zum persönlichen Machterhalt, haben sie weit mehr politisches
60 Gewicht, als ihnen mit Blick auf ihre Größe in der Knesset zukommen würde. Vertreter dieser
61 Parteien, wie die Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir, haben sich in der
62 Vergangenheit wiederholt menschenfeindlich über Palästinenser*innen geäußert und eine
63 dezidiert antiarabische Vision eines „Großisrael“ propagiert, die auch eine Annexion des
64 Westjordanlandes einschließt[3] [Ä11] auch Premierminister Netanyahu hat seine
65 Unterstützung für dieses Projekt zum Ausdruck gebracht [A]. Eine weitere Ausbreitung jüdischer
66 Siedlungen würde eine Befriedung der Region im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung

67 endgültig unmöglich machen. Die kürzlich von der Netanjahu-Regierung auf den Weg
68 gebrachten Beschlüsse, um neue Siedlungen im Westjordanland zu schaffen, und die von
69 Bezalel Smotrich vorgestellten Pläne, zur ausdrücklichen Verhinderung eines palästinensischen
70 Staates mehr als 80% des Westjordanlandes zu annektieren [B], verdeutlichen, dass die
71 amtierende Regierung aktiv gegen eine Zwei-Staaten-Lösung arbeitet. Die im Juli von einer
72 breiten Mehrheit der Knesset getragene Resolution, die eine Annexion des Westjordanlandes
73 fordert [C], verdeutlicht den Rückhalt dafür auch im Parlament, ohne dabei jedoch
74 Rückschlüsse auf die Bevölkerung zuzulassen. [Ä11]
75 [Ä4] Jede Annexion durch Israel ist völkerrechtswidrig und ist strikt abzulehnen. [Ä4]

76 Mit der Fortführung des Krieges in Gaza agiert die Regierung um Netanjahu auch gegen die
77 wachsende Kritik aus den Reihen des eigenen Militärs[4] und der Opposition, sowie gegen
78 einen großen Teil der Zivilgesellschaft, [Ä5] und die Familien der entführten Geiseln, die zu
79 Zehntausenden gegen den Krieg demonstrieren,[5] und sich für einen Waffenstillstand im
80 Gazastreifen und die sichere Rückkehr der noch in Gefangenschaft befindlichen Personen[6]
81 engagieren, zu denen auch mehrere deutsche Staatsbürger*innen gehören.[7]
82 Wir unterstützen diese Forderungen: Die Hamas muss alle Geiseln freilassen, die noch in ihrer
83 Hand sind. Im Gegenzug muss die israelische Regierung einem Waffenstillstand zustimmen.
84 [Ä5]
85 [Ä13] Auch im Gazastreifen fanden noch im Herbst 2023 und wieder im März 2025 größere
86 Proteste gegen die Herrschaft der Hamas statt, trotz drohender Gewalt und Repressionen. Es
87 wäre also falsch, die israelischen und palästinensischen Bevölkerungen mit ihren Regierungen
88 gleichzusetzen und Stimmen aus der Zivilgesellschaft zu ignorieren. Dazu gehört auch, dass
89 Deutschland derartige Organisationen durch Finanzierung unterstützt. [Ä13]

90 Deutschland muss sich in dieser Situation und vor dem Hintergrund seiner historischen
91 Verantwortung klar positionieren: solidarisch mit der Zivilgesellschaft vor Ort, für die
92 Sicherheit Israels[Ä14], den Schutz der Palästinenser*innen [Ä14] und im Einklang mit einer
93 regelbasierten Weltordnung. Wir respektieren die Entscheidungen des Internationalen
94 Strafgerichtshofs und [Ä16] des internationalen Gerichtshofs in ihrer Rolle bei der
95 Durchsetzung des Völkerrechts, weshalb wir auf die vollumfängliche Umsetzung ihrer
96 Entscheidungen bestehen. [Ä16] Das Handeln der Netanyahu Regierung hat Israel diplomatisch
97 und international isoliert und damit in existenzielle Gefahr gebracht. Deutschland sollte der
98 amtierenden israelischen Regierung im Interesse der langfristigen Sicherheit Israels im
99 direkten diplomatischen Austausch deutliche Kritik äußern und sich entsprechend eng mit
100 unseren europäischen und internationalen Partnern abstimmen. So hat Annalena Baerbock als
101 Außenministerin bereits Anfang 2024 in Gesprächen in Jerusalem den Einsatz von Hunger
102 scharf verurteilt.[8]

103 Die Ziele sind [Ä7]die Entwaffnung der Hamas, [Ä7] die Freilassung der Geiseln, Verbesserung

104 der humanitären Versorgung der Menschen in Gaza sowie ein dauerhafter Waffenstillstand.
105 Gleichzeitig müssen personenbezogene Sanktionen (z. B. gegen die Minister Ben-Gvir und
106 Smotrich) auf den Weg gebracht werden, um zu signalisieren, dass ihre menschenfeindliche
107 Politik und Rhetorik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung nicht geduldet wird. Auch
108 die Aussetzung einzelner Kapitel des EU-Assoziierungsabkommens sollte geprüft werden.
109 Deutschland sollte alle Anstrengungen unterstützen und vorantreiben, eine von den arabischen
110 Staaten und der Palästinensische Befreiungsorganisation getragene Nachkriegsordnung in
111 Gaza zu realisieren. [Ä18] Schließlich muss sich auch Israel aus dem Gazastreifen zurückziehen
112 und den Menschen dort eine selbstbestimmte Zukunft ermöglichen. [Ä18] Dabei darf keine
113 Einigung mitgetragen werden, die die Terrororganisation Hamas irgendeine politische Rolle
114 zugesteht. Das würde das Leben der Menschen in der Region zukünftig erneut gefährden und
115 die Sicherheit Israels dauerhaft bedrohen.

116 Friedrich Merz hat angekündigt, dass Deutschland keine Rüstungsgüter mehr nach Israel
117 liefern wird, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten. Während diese Entscheidung
118 nachvollziehbare Gründe hat und im Grundsatz von uns unterstützt wird, bleibt eine
119 trennscharfe Abgrenzung der Rüstungsgüter schwierig und muss im Kontext der Bedrohung
120 Israels durch eine Vielzahl an Akteuren in der Region und der Bedeutung der
121 Verteidigungsfähigkeit abgewogen werden. Diese Akteure umfassen neben der Hamas auch
122 den Iran, die Hisbollah im Libanon und Syrien sowie die Huthi im Jemen. Die
123 Verteidigungsfähigkeit Israels darf von einer Einschränkung der Waffenlieferungen nicht
124 beeinträchtigt werden. [Ä12]. Israel musste sich und muss sich weiterhin gegen die vom Iran
125 gesteuerte und finanzierte „Achse des Widerstandes“ verteidigen, gegen Angriffe der Hisbollah,
126 der Huthi und des Iran. Ohne Beendigung dieser Bedrohungen kann es keinen dauerhaften
127 Frieden im Nahen Osten geben. [Ä12]

128 [Ä21] Seit Oktober 2023 hat Deutschland über 300 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für die
129 Menschen in Gaza bereitgestellt. Diese Unterstützung ist sehr wichtig und muss dauerhaft und
130 planbar aufrechterhalten bleiben. Deutschland muss die humanitäre Hilfe in Gaza nicht nur
131 finanziell unterstützen, sondern auch politischen Druck für den ungehinderten Zugang zu
132 Hilfsgütern ausüben. [Ä21]

133 In den vergangenen Monaten haben mehrere Staaten angekündigt, einen palästinensischen
134 Staat anerkennen zu wollen, einige haben diesen Schritt bereits vollzogen. Solange die Hamas
135 die politische Führung in Gaza innehat, lehnen wir diese Anerkennung ab. Klar ist, dass es
136 einen geordneten Prozess zur unabhängigen und friedlichen Verwaltung der palästinensischen
137 Gebiete braucht, in dessen Rahmen eine Anerkennung möglich wird.

138 Als Bündnis90/Die Grünen Bremen treten wir für eine friedliche und gerechte Lösung im
139 Nahostkonflikt ein. Die Erklärung von New York, die auch von mehreren arabischen Staaten

140 unterstützt wird, zeichnet die notwendigen Schritte in diese Richtung vor. Dringend erforderlich
141 sind: ein sofortiger Waffenstillstand, die Freilassung aller Geiseln, ein dauerhaft
142 uneingeschränkter Zugang für humanitäre Hilfe, die Entwaffnung und Entmachtung der Hamas,
143 der Wiederaufbau ziviler Infrastruktur sowie die Rückkehr zu ernsthaften Friedensgesprächen
144 mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung.

145 Der Verlauf des Krieges und seine Folgen für Gaza und Israel bewegen sehr viele Menschen in
146 unserem Bundesland. In Bremen und Bremerhaven leben zahlreiche Menschen, die persönliche
147 Beziehungen in die Region haben und direkt von den Kriegsfolgen betroffen sind.

148 Meinungsäußerungen und Demonstrationen, die auf das Leid der [Ä23] israelischen und
149 palästinensischen Zivilbevölkerung^{en} aufmerksam machen, finden ihre Grenze dort, wo es zu
150 Antisemitismus, **Rassismus** und Gewalt kommt. Jüdinnen und Juden sollen im Land Bremen
151 sicher leben können. Diskriminierung von Jüdinnen und Juden **und antiisraelischem**
152 **Antisemitismus** stellen wir **uns als gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** ebenso **entgegen**
153 **wie anti-muslimischem Rassismus und allen anderen rassistischen Verallgemeinerungen [Ä23].**
154 **[Ä15] Wir verurteilen Boykottaufrufe und Boykottaktionen gegen Künstler*innen,**
155 **Wissenschaftler*innen und Sportler*innen, nur weil sie Jüdinnen und Juden sind. [Ä15]**

156

157 Im Rahmen der Möglichkeiten unseres Bundeslandes und seiner beiden Kommunen Bremen
158 und Bremerhaven wollen wir:

- 159 • die Aufnahme von Kindern und Familien aus Gaza und Israel unterstützen, die dringend
160 psychologische oder medizinische Hilfe benötigen. Hier ist die Bundesregierung in der
161 Verantwortung, Strukturen zu schaffen, um eine sichere Einreise zu ermöglichen,
- 162 • Zivilgesellschaftlicher Organisationen unterstützen, die sich der Menschenrechts- und
163 Friedensarbeit im Kontext von Israel und den palästinensischen Gebieten widmen,
- 164 • Effektive Maßnahmen gegen Antisemitismus sowie antimuslimischen Rassismus
165 fördern,
- 166 • Schulische Formate entwickeln und fördern (z. B. in Zusammenarbeit mit der
167 Landeszentrale für politische Bildung), um differenzierte Perspektiven zum
168 Nahostkonflikt zu vermitteln und antisemitischen wie antimuslimischen Vorurteilen
169 vorzubeugen.

[1]<https://www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-3-september-2025>

[2]<https://de.wfp.org/krise/in/gaza>

[3]<https://www.spiegel.de/ausland/israel-usa-empoeern-sich-ueber-aufruehrerische-gaza-aeusserungen-von-itamar-ben-gvir-a-b9755fe9-b913-4546-8dfa-9970c5ad530f>

[4]<https://www.nytimes.com/2024/06/20/world/middleeast/netanyahu-israel-idf-war.html>

[5]<https://www.spiegel.de/ausland/israel-gaza-krieg-zigtausende-demonstrieren-in-jerusalem-vor-netanyahu-residenz-fuer-kriegsende-a-ed205fcc-e0d5-4fb9-8df8-901e7775b8ce>

[6]<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-08/nahost-israel-krieg-gazastreifen-geiseln-waffenstillstand-demonstrationen>

[7]<https://www.juedische-allgemeine.de/israel/nennt-ihre-namen/>

[8]<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/israel-annalena-baerbock-und-benjamin-netanjahu-geraten-heftig-aneinander-a-90e5c7cf-7eb3-4f49-8ef5-0cf0d2854d1b>

Quelle aus Ä11:

Quelle A (entsprechend einfügen, ebenso unten) -

https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/netanyahu-says-hes-on-a-historic-and-spiritual-mission-endorses-vision-of-greater-israel/

Quelle B - <https://www.spiegel.de/ausland/israel-finanzminister-bezalel-smotrich-ruft-zur-annexion-von-82-prozent-des-westjordanlands-auf-a-d6422c13-e909-4593-8d7b-3d56dc620567>

Quelle C - <https://www.jpost.com/israel-news/article-862007>

Begründung

Erfolgt mündlich auf der Landesmitgliederversammlung

Unterstützer*innen

Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Henrike Müller (KV Bremen Links der Weser); Emanuel Herold (KV Bremen Links der Weser)

Offene Änderungsanträge die in der „Lesereihenfolge des Antrags abgestimmt werden:

Ä2: von Hermann Kuhn: <https://bremen.antragsgruen.de/bremen/solidaritat-und-sicherheit-auf-basis-des-volkerrechts-fur-frieden-in-33702/93430>

Zeile 24-26 in diesem Dokument:

~~Mitschuld an dieser~~ Die **Verantwortung für diese** Tragödie trägt **zu allererst** die Hamas, die seit Jahrzehnten gezielt die Grenzen zwischen militärischer und ziviler Infrastruktur verwischt, um die Menschen vor Ort als Schutzschilde zu missbrauchen.

Zeile 27 in diesem Dokument:

Ein Vorgehen, das eindeutig gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt und das wir strikt verurteilen. **Der Krieg in Gaza wäre an dem Tag beendet, an dem die Hamas alle Geiseln freilässt, die Waffen niederlegt und kapituliert.**

Ä28 von Hendrik Pröhl: <https://bremen.antragsgruen.de/bremen/solidaritat-und-sicherheit-auf-basis-des-volkerrechts-fur-frieden-in-33702/93439>

Zeile 56 ff. in diesem Dokument:

...gefährdet und die gesamte Bevölkerung Gazas weiter in eine katastrophale Lage bringt. [Ä9]

Unterdrückung und Brüche des Völkerrechts sind dabei keine neue Erscheinung nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023, den sie keinesfalls rechtfertigen, sondern Ausdruck eines strukturellen Unrechts, das seit Jahrzehnten andauert.

Ä10 von Hermann Kuhn: <https://bremen.antragsgruen.de/bremen/solidaritat-und-sicherheit-auf-basis-des-volkerrechts-fur-frieden-in-33702/93435>

Zeile 116-124 in diesem Dokument:

~~Friedrich Merz hat angekündigt, dass Deutschland keine Rüstungsgüter mehr nach Israel liefern wird, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten. Während diese Entscheidung nachvollziehbare Gründe hat und im Grundsatz von uns unterstützt wird, bleibt eine trennscharfe Abgrenzung der Rüstungsgüter schwierig und~~ **Die Frage der Lieferung von deutschen Rüstungsgütern an Israel** muss im Kontext der Bedrohung Israels durch eine

Vielzahl an Akteuren in der Region und der Bedeutung der Verteidigungsfähigkeit abgewogen werden. Diese Akteure umfassen neben der Hamas auch den Iran, die Hisbollah im Libanon und Syrien sowie die Huthi im Jemen. Die Verteidigungsfähigkeit Israels darf von einer Einschränkung der Waffenlieferungen nicht beeinträchtigt werden

Ä1 von Martin Prinzler: <https://bremen.antragsgruen.de/bremen/solidaritat-und-sicherheit-auf-basis-des-völkerrechts-fur-frieden-in-33702/93381>

Zeile 133-137 in diesem Dokument:

~~In den vergangenen Monaten haben mehrere Staaten angekündigt, einen palästinensischen Staat anerkennen zu wollen, einige haben diesen Schritt bereits vollzogen. Solange die Hamas die politische Führung in Gaza innehat, lehnen wir diese Anerkennung ab. Klar ist, dass es einen geordneten Prozess zur unabhängigen und friedlichen Verwaltung der palästinensischen Gebiete braucht, in dessen Rahmen eine Anerkennung möglich wird.~~

Ä22 von Hendrik Pröhl: <https://bremen.antragsgruen.de/bremen/solidaritat-und-sicherheit-auf-basis-des-völkerrechts-fur-frieden-in-33702/93395>

Zeile 133-137 in diesem Dokument:

~~In den vergangenen Monaten haben mehrere Staaten angekündigt, einen palästinensischen Staat anerkennen zu wollen, einige haben diesen Schritt bereits vollzogen. Solange die Hamas die politische Führung in Gaza innehat, lehnen wir diese Anerkennung ab. Klar ist, dass es einen geordneten Prozess zur unabhängigen und friedlichen Verwaltung der palästinensischen Gebiete braucht, in dessen Rahmen eine Anerkennung möglich wird.~~

Ein gerechter Frieden kann nur durch eine umfassende Lösung erreicht werden, die auf dem Völkerrecht, der Anerkennung gleicher Rechte für alle Menschen in der Region und dem Ende der Besatzung basiert. Dazu gehört die diplomatische Anerkennung eines souveränen palästinensischen Staates unter Ausschluss jeder Beteiligung der Hamas. Viele Staaten erkennen Palästina bereits an. Es ist wichtig, dass auch Deutschland diesen Schritt geht.

Ä25 von Hendrik Pröhl: <https://bremen.antragsgruen.de/bremen/solidaritat-und-sicherheit-auf-basis-des-völkerrechts-fur-frieden-in-33702/93398>

Zeile 169 ff. in diesem Dokument:

- Schulische Formate entwickeln und fördern (z. B. in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung), um differenzierte Perspektiven zum Nahostkonflikt zu vermitteln und antisemitischen wie antimuslimischen Vorurteilen vorzubeugen.
- eine kritische Auseinandersetzung mit dem Handeln der Grünen in ihrer Beteiligung an

LA1 nach Übernahmen und modifizierten Übernahmen von Änderungsanträgen, offen/abzustimmende Änderungsanträge am Ende. Stand 25.09.08:15Uhr

der Bundesregierung im Kontext Israel und Palästina.